

## **Kommentar zum Bruch des Kirchenasyls in Kopenhagen**

### **Kirche und Politik**

Als Vorsitzende der Ökumenischen BAG Asyl in der Kirche bedaure ich den Vorfall in Kopenhagen sehr, macht er doch klar, wie sehr an dieser Stelle noch zwischen Staat und Kirche, Christinnen und Christen und Ordnungspolitik in der Sache der Flüchtlinge gerungen wird – und wie wenig selbstverständlich demokratische und dialogische Formen im Nachbarstaat anscheinend sind. Wir kennen in Deutschland auch Räumungen von Kirchenasyl. Aber die theologischen und rechtlichen Grundlagen sind inzwischen anders geklärt.

Als lutherische Pastorin erlebe ich in den offiziellen Äußerungen einer Kirchenvertretung auch eine gewisse Hilflosigkeit, die von der Nähe der Kirche zum Staat geprägt ist. Nein, Kirche ist in einem demokratischen Rechtsstaat kein extraterritoriales Gebiet. Alle Gesetze herrschen auch auf Grund und Boden der Kirche. Und dennoch gibt es Gründe, Flüchtlinge, selbst wenn sie kriminell geworden sind, in ihrer Angst beizustehen und neu über die anstehenden Perspektiven nachzudenken.

Der Eintritt für das biblische Gastrecht und den Schutz des Fremden in den Kirchen ist ein Akt des Glaubens. So naiv das manchen Politikern vorkommen mag.

Unsere Systeme des Flüchtlingsschutzes in Europa haben nur zu leicht die Unglaubwürdigmachung der Flüchtlinge und ihrer Verfolgungs- und Kriegsgeschichte im Auge, die allein gekommen seien, weil sie in Europa ein bequemeres Zuhause hätten. Sieht man, wie in diesem Fall, den Irak als Herkunftsland, so sind erst gestern über 70 Menschen bei der wieder eskalierenden Gewalt umgekommen. Dass ein Staat, der den meisten Flüchtlingen keine Chance auf Integration gegeben hat, diese nach einer Weile wieder als Kostenfaktor loswerden will, mag plausibel erscheinen. Aus menschenrechtlicher und demokratischer Sicht bleibt dies fragwürdig und angreifbar.

Moderne Kirchenasyle, die in der biblischen Tradition stehen und bis in die Neuzeit von Kirchen und Klöstern praktiziert wurden, sind keine extra-legalen Maßnahmen gegen den Staat, sondern eine Unterbrechung von menschenrechtlich bedenklichen Verwaltungsprozessen und politischen Einschätzungen, um zu humaneren Lösungen zu kommen. Sie setzen auf die demokratischen Mittel der Offenheit, des Dialogs und der Information.

Die Kommentare einiger Pastoren nach dem Einsatz lauteten, dies sei „undänisch“ gewesen – das vermag ich nicht zu beurteilen. Aber es ist ein zutiefst unchristlicher und einem modernen Rechtsstaat nicht angemessener Eingriff gegen Unschuldige gewesen, die in einer Kirche beherbergt wurden. Der Rechtsstaat kann so handeln, wie er es im Fall in Kopenhagen getan hat. Aber es ist unklug.

## Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft



BAG Asyl in der Kirche e.V. · Lindenstr. 85 · 10969 Berlin

**in der Kirche e.V.**

Eine Kirchenleitung, die dies nicht mit im Blick hat und die weltweite Sanctuary Movement nicht als Ausdruck eines tiefen frommen und gelebten Christentums im modernen Staat begreift, das ein probates Mittel ist, Menschenrechte zu vertreten und die Bibel damit in den Dialog zu setzen, sollte sich über die eigenen Wurzeln neu Gedanken machen und vom moderne Luthertum in einer Demokratie sowie von ökumenischen Diskussionen lernen.

Im Flüchtlingsschutz in Europa verwirklicht sich nicht allein die Frage, wie Europa mit den Menschenrechten umgeht, sondern zugleich, wie es mit seinen christlichen Wurzeln an dieser Stelle verfährt.

Flüchtlingsabwehr nicht einfach kommentarlos hinzunehmen und den Schutz von Flüchtlingen zur eigenen Sache zu machen und neu in Diskussionen einzutreten, steht jeder Kirche gut an. „Ich war fremd gewesen und ihr habt mich beherbergt.“ Jesu Vermächtnis steht dabei auf dem Spiel – neben den Menschenrechten, die immer wieder in Gefahr sind. Die befreiende und froh machende Botschaft lautet: trotz aller auch berechtigter Zweifel und Bedenken sind die Formen des Kirchenasyls ein Einsatz für den Glauben und die Menschenrechte und somit für einen humanen demokratischen Rechtsstaat.

Hamburg, den 19. August 2009

Pastorin Fanny Dethloff  
Bundvorsitzende